Foto: www.fotolia.de; © PeJo

# Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie

## Das „neoliberale Modell Deutschland“ der SPD-Führung ist in der Krise

Sechs Thesen von Horst Peter und Michael Vester

**1.** Die politische Blockierung nach der Hessenwahl von 2008 war kein Problem von Personen, sondern von Flügelkämpfen. Eine Gleichschaltung der Parteiflügel hindert die Parteien, die Vielfalt und den Wandel der Wählermilieus hinreichend zu repräsentieren und zu mobilisieren.

Die Verluste der Volksparteien in der Bundestagswahl von 2005 haben wie ein Schock gewirkt. Tatsächlich war das Ergebnis nicht neu. Bereits 1990 lag die SPD bei 33,5 Prozent, 1994 bei 36,4 Prozent. 1998 fiel die CDU auf 35,1 Prozent (-6,4 Prozent), während die SPD Schröders wieder auf 40,9 Prozent (+4,5 Prozent) anwuchs. In den rot-grünen Jahren erlitt die SPD regional bis zu zweistellige Stimmenverluste. Dies setzte sich in der Bundestagswahl 2005 fort, in der Schröder mit 34,2 Prozent abgewählt wurde. Wider Erwarten sank auch die CDU/CSU auf 35,2 Prozent. Nachhaltig gestärkt wurden stattdessen die kleineren Parteien einschließlich der Linkspartei.

Die Verluste der Volksparteien traten nur dort ein, wo die Parteiflügel mit den großen sozialen Strukturverschiebungen nicht umgehen konnten. Herausgefordert sind sie durch eine Kombination von horizontalen und vertikalen Verschiebungen der Sozialstruktur und ihrer Klientele.

**2.** Horizontale Differenzierungen der Sozialstruktur: Die wachsenden höherqualifizierten und dienstleistenden Berufsmilieus befürworten „postmaterielle“ Werte der Partizipation: Gleichstellung von Frauen und Migranten, Ökologiewende, Abbau autoritärer Bevormundung.

Die Klassenstruktur ist nicht verschwunden, aber sie hat sich seit den sechziger Jahren auf allen Etagen zu moderneren „Klassenfraktionen“ (Walter Müller) verschoben. Oben, bei den Erwerbsgruppen mit Hochschul- und Fachschulabschluss, sind die Humandienstleistungen und Technischen Expertenberufe auf mehr als 20 Prozent gewachsen. Zu ihnen gehören die gehobenen Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Kulturberufe sowie die Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe. Sie wählen eher rot-grün. Dagegen umfassen die oberen administrativen Dienstleistungen, die eher schwarz-gelb wählen, nur 15 Prozent. Zu ihnen gehören die JuristInnen, BetriebswirtInnen und anderen „Führungskräfte“ in staatlichen und privaten Managementberufen. Auch in der Mitte der ArbeitnehmerInnen bilden die modernen, besser qualifizierten Milieus die Mehrheit, während die konservativen, herkömmlich qualifizierten geschrumpft sind.

Die konservativen Milieus verloren an Hegemonie. Die modernisierten Berufe brauchten mehr Spielräume der Partizipation, der Selbst- und Mitbestimmung. Diese „postmateriellen“ Werte er- ▶

setzten nicht die arbeitnehmerischen Werte, sondern verbanden sich mit ihnen. Der Ausbau der modernisierten Berufe verlief in Deutschland allerdings deutlich gebremster als in anderen, besonders den skandinavischen Ländern. Die Bremsung des Tertiärsektors hat, wie Blossfeld errechnet hat, mit der Drosselung der Staatsausgaben schon unter Kanzler Schmidt begonnen; die Kostensenkungen sollten die industrielle Exportkraft des „Modells Deutschland" erhöhen. Seitdem drückt die wirtschaftsliberale Sparpolitik zunehmend die Beschäftigtenzahl, die Gehälter und die Arbeitsqualität im Gesundheits-, Sozial-, Kultur- Bildungs- und Forschungssektor.

Durch den Grundsatz „billiger statt besser" und den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften sind die Standards der Bildung, der Gesundheitsversorgung usw. zu Lasten der weniger privilegierten sozialen Schichten gesenkt worden. Die zu wenigen Beschäftigten werden als „faule Säcke" (Schröder) einer bürokratisierten „Qualitäts"-Kontrolle unterworfen. Die Überreglementierung trifft heute auch die Technikberufe. Fachfremde neue Kontrollbürokratien urteilen mit betriebswirtschaftlichen Kriterien über Leistungen, die nur mit der Fachkompetenz der Pädagogik, der Medizin, der Wissenschaft bzw. der Technologie beurteilt werden können. Damit wurde die organisatorische Hegemonie der administrativen Dienstklasse wiederhergestellt. Der Preis war die hohe politische Verdrossenheit der moderneren Milieus, die die Volksparteien viele Stimmen kostete. Sie reagierten darauf verschieden.

In der SPD hat sich eine konservative Interessenkoalition durchgesetzt, die die neuen Entwicklungen heftig bekämpft. In der Union dagegen hat nach 2005 der moderne Flügel der Einsicht Geltung verschafft, dass auch ihre eigene bürgerlichen Klientel eine modernere Familien-, Geschlechter-. Ökologie-, Bürgerrechts- und Ausländerpolitik braucht. Die CDU/CSU in Hamburg, Hessen und Bayern wandte sich nach dem Scheitern von Neuauflagen autoritärer Politik ihrer ergrünten Stammklientel oder gar Bündnissen mit den linksbürgerlichen „Grünen" zu.

» **3.** Vertikale Klassenspaltungen: Die wachsende Kluft zwischen privilegierten und unterprivilegierten Gruppen ist kein naturnotwendiger Prozess, sondern politisch gestaltet. Dies verletzt die Grundsätze des historischen Sozialmodells der BRD: Leistungsgerechtigkeit und Statussicherung.

Die frühere Integrationskraft der Volksparteien beruhte auf dem historischen Sozialmodell der BRD, das sie nach 1945 mitgeschaffen hatten. Die Gesellschaft war damals nicht weniger als heute durch große Verwerfungen herausgefordert. Zu integrieren waren Millionen von Flüchtlingen und von Menschen, die durch die Modernisierung erst der Landwirtschaft und dann der Industrie „freigesetzt" wurden. Sie waren zu diesen Umstellungen bereit, weil die Risiken flankiert wurden durch den Ausbau des Sozial- und Bildungssystems und eine erfolgreiche gewerkschaftliche Rechts-, Tarif- und Mitbestimmungspolitik. Die Prinzipien des Modells waren Leistungsgerechtigkeit und Statussicherung. Hohe Leistung sollte zur Teilnahme am Wohlstand und zur Mitbestimmung berechtigen. Notlagen sollten nicht zu Statusverlusten führen.

Die Mehrheit der ArbeiterInnen rückte in die Standards der Mitte auf. So schwanden die Merkmale der früheren „Proletarität", d.h. der unsicheren Beschäftigung, der sozialen Rechtlosigkeit und der geringen Fach- und Bildungsstandards. Sogar die „Unterschicht" von gering Qualifizierten gelangte erstmals in sichere Arbeitsplätze, wenn auch noch in hoch belastenden Tätigkeiten.

1972 verkündete Brandt, den historischen Kompromiss der „sozialen Marktwirtschaft" zum Modell einer „Arbeitnehmergesellschaft" nach dem skandinavischen Beispiel weiterzuentwickeln, als Alternative zur „Macht des großen Geldes" und mit den modernisierten „sozialliberalen" Bildungsschichten als Partner. Sein Wahlsieg war so hoch, weil er eine Vielfalt von sozialen Gruppen ansprach; die sich nicht blockierten, sondern akzeptierten, so dass ein Heer von freiwilligen MultiplikatorInnen mobilisiert werden konnte.

Besonders seit den neunziger Jahren verschärft sich wieder die Teilung der Gesellschaft in positiv und negativ privilegierte, in sichere und unsichere soziale Lagen. Nach den Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bis 2005 (Wochenbericht des DIW 12/2007, S. 179f) entsteht eine Teilung in vier Lagen:

- 18 Prozent nehmen nicht mehr am Wohlstand teil, sie liegen an oder unter der Armutsgrenze (60 Prozent des mittleren Einkommens). Zu unterscheiden sind zwei Teilgruppen. 8,4 Prozent leben in verfestigter Armut (mit nur 43,1 Prozent d. m.E.). Diese Armutsschicht ist nach 1990 stetig gewachsen. Sie entsteht nicht aus Absteigern aller Schichten. Vielmehr besteht ein „stabiler Zusammenhang zwischen Armut und Klassenzugehörigkeit": die Absteiger entstammen überwiegend der Schicht der gering qualifizierten Arbeitnehmer, wobei die Gruppen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern besonders betroffen sind. – Weitere 10,1%, leben in Prekarität; sie liegen, mit 60,9% d.m.E., direkt an der Armutsgrenze, unter die sie immer wieder sinken.

- 8,5 Prozent sind temporär oder partiell Arme. Mit ca. 68% d.m.E. liegen sie knapp über der Armutsgrenze. Zu ihnen wie zur den „Prekären" gehören auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die auf 38% der Beschäftigten gewachsenen Sektoren „atypischer Arbeitsverhältnisse", also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind.

- 26,1 Prozent leben in instabilem Wohlstand (89,0 Prozent d.m.E.). Die Gruppe hat kontinuierlich und etwa in dem Maße abgenommen, wie die verfestigte Armut zunahm.

- Nur noch 45,9 Prozent leben in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand, mit 131,8 Prozent des mittleren Einkommens.

Inzwischen diagnostiziert das DIW eine „schrumpfende Mittelschicht" (Mitt. d. DIW 10/2008, S. 101). Das Schichtgefüge ruht nicht in mehr in sich selbst, in einer statussicheren Arbeitnehmermitte. Bei fast 20 Prozent in akuter Unsicherheit ist das soziale Gleichgewicht nur labil. Erhöht sich die Unsicherheit über die Grenze des „submerged fifth" (Harrington) hinaus, in eine Destabilisierung in der anspruchsvollen Mitte, dann ist eine unruhigere politische Situation zu erwarten. Die jetzige Weltrezession wird auch die ArbeitnehmerInnen von immer mehr Exportindustrien, der tragende Säulen des alten deutschen Produktionsmodells, erreichen. Die Herausforderungen an die Parteien, das Modell zu revidieren, werden sich potenzieren.

» **4.** Das gegen die Bevölkerung durchgesetzte neoliberale Modell Deutschland unterschätzt die zunehmende Bedeutung des beschriebenen Strukturwandels. Daher erstarken Parteien, die diese Themen hervorheben: Ausbau von Partizipation, sozialer Sicherung und ökologischer Nachhaltigkeit, Abbau von Privilegien und autoritärer Bevormundung.

Die dominanten Gruppen der SPD haben die sozialen Veränderungen zu wenig als tiefere Strukturtrends und zu sehr als „vorübergehende" Projekte „machthungriger" Konkurrenten behandelt. Unter Schmidt und Wehner wurden die „Postmaterialisten" als „Feinde" aus der SPD ausgegrenzt, bis sie die „Grünen" aufbauten. Ähnliches hat sich jetzt wiederholt, als ausgegrenzte gewerkschaftliche und intellektuelle Stammgruppen der Sozialdemokratie der Linkspartei zugetrieben wurden.

Verdrängt wird, dass die hohen Verluste der SPD seit 1999 von Politikern des rechten SPD-Flügels eingefahren wurden. So verlor 2003 in Hessen Gerhard Bökel, mit Jürgen Walter als Wahlkampfleiter, 10,3 Prozent und in Niedersachsen Sigmar Gabriel 14,4 Prozent. In Nordrhein-Westfalen verloren Wolfgang Clement (2000) und Peer Steinbrück (2005) zusammen 8,9 Prozent. Die Verluste von Schröder (2002 und 2005) im Bund summierten sich auf 6,7 Prozent.

►

Verdrängt wird, dass SPD-Gewinne nur dort erzielt wurden, wo Alternativen zu Schröders Kurs praktiziert wurden. So errang 2006 Kurt Beck mit 45,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Mainzer Landtag. Er gewann durch seine enge Fühlung mit den Milieus der großen konservativen und modernen Arbeitnehmermitte. Er hatte u.a. die identitätsstiftende Sozialpolitik des „vorsorgenden Staats" revitalisiert, ein modernes Mobilisierungsprogramm für das zivilgesellschaftliche Engagement der etwa 12.000 Vereine des Landes geschaffen und das dreigliedrige Schulsystem durch die „Regionalschule" ersetzt.

2008 gewann die hessische SPD mit Andrea Ypsilanti die meisten der mit Bökel und Walter verlorenen Stimmen zurück, mit 36,7 Prozent (+ 7,6 Prozent). Anders als in Niedersachsen und Hamburg setzte Ypsilanti auf die programmatische Integration der Parteiflügel. Nach der knappen Nominierungsentscheidung bei der Besetzung der Spitzenkandidatur eine zwingende Notwendigkeit. Die integrierende Leitformel lautete: die SPD setzt auf soziale und ökologische Gerechtigkeit durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik. Die Konkretisierung gelang im Wahlprogramm mit den Schwerpunkten „gerechte Bildung", „Energiewende durch erneuerbare Energien", „soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit" verkörpert durch Personen mit großer Glaubwürdigkeit für ihre Inhalte: Rainer Domisch als einer der Väter des Schulsystems in Finnland, Hermann Scheer als Protagonist der ökologischen Energiewende und Ypsilanti als Gegnerin der Agenda 2010 schon auf dem SPD-Parteitag 2003. In dem Programm wurden bewusst Reformforderungen aus der Mitte der Gesellschaft aufgegriffen. Der Wahlerfolg gründete auf einer überdurchschnittlichen Mobilisierung aus der Nichtwählerschaft und dem rot-grünen Wählersegment für einen konkreten Politikwechsel in Hessen. Die Absage an ein Bündnis mit der Linkspartei sollte die Hürde für taktische Linkswähler möglichst hoch machen und den rechten Parteiflügel integrieren. Der Kampf gegen eine rot-grüne Minderheitsregierung setzte erfolgreich auf den Abbau der Glaubwürdigkeit von Ypsilanti und die Verunglimpfung von Scheer in einer seit Brandts Zeiten nicht mehr erlebten Politmobbingkampagne mit Beteiligung des rechten Parteiflügels.

Foto: Christian Kiel

» **5.** Die Differenzen zwischen den Flügeln sind sinnvoll, solange sie die verschiedenen Milieus repräsentieren. Sie werden destruktiv, wenn Flügel von externen wirtschaftlichen und medialen Machtnetzwerken instrumentalisiert werden. Die Vier, die die rot-grünen Regierung in Hessen verhinderten, haben dies als Entscheidung des Gewissens präsentiert. Ebensosehr war dies eine politische Entscheidung. Dagmar Metzger ist dem konservativen Seeheimer Kreis verbunden, Jürgen Walter der moderneren Variante der Parteirechten, den Netzwerkern. Die Vier haben kaum ohne Wissen und Zustimmung ihrer Flügelexponenten gehandelt.

Kurz vor ihrem Auftritt hat die ZEIT einen Leitartikel mit massiven, persönlich gefärbten Angriffen gegen die Wahl von Ypsilanti veröffentlichte. Diese strategische Intervention, die den Vier Rücken-

wind gab, wird kaum ohne Billigung der Herausgeber Schmidt und Naumann, der zusammen mit Müntefering zuvor Beck als Sündenbock seiner Wahlniederlage in Hamburg angeprangert hatte, erfolgt sein. Schmidt denkt in strategischen Konzepten. Er hatte in der ZEIT schon lange die spekulativen „Auswüchse" des Kapitalismus kritisiert, aber die neoliberale Variante des „Modells Deutschland" verteidigt.

Die Vernetzungen des rechten Flügels sind legitim und zur Mobilisierung der konservativen Arbeitnehmermilieus unerlässlich. Mit etwa 24 Prozent sind diese Milieus zwar zehn Prozent weniger als die modernen Arbeitnehmermilieus, aber doch eine Gruppe, die nicht übergangen werden darf. Allerdings werden sie zunehmend von Netzwerken außerhalb der Partei überlagert. Zu diesen gehören nicht nur einige Journalisten der ZEIT, die seit Jahren geradezu kreuzzugartig die Agenda-Politik Schröders, Münteferings und Steinmeiers verfochten und Kritiker gerne als irrational oder inkompetent abqualifiziert haben. Zum intervenierenden Machtkomplex gehört auch die Energiewirtschaft, die, wie Wolfgang Streeck in seinem neuen Buch aufweist, zu einem der bestorganisierten wirtschaftlichen Machtzentren aufgerückt ist. Von der Energiewirtschaft, die seit je zu den vom Staat protegierten Branchen gehört hat, hängen auch die Arbeitsplätze im Bereich konservativerer Gewerkschaften ab. Es ist verständlich, dass Gewerkschafter wie Hubertus Schmold und Energiepolitiker wie Wolfgang Clement diese Arbeitsplatzpolitik vehement verteidigen. Die Vehemenz ist Clement allerdings kurz vor der Hessenwahl zu dem Aufruf geraten, die SPD nicht zu wählen, da sie mit der Energiewende eine „Deindustrialisierung" betreibe.

Hier tun sich dann doch Bruchlinien zu den innerparteilichen konservativen Flügeln auf. Diese waren, über ihre zahlreichen MandatsträgerInnen, Parteimitglieder und PolitikerInnen noch eng mit ihren Wählern verbunden. Nun verlieren sie sie. Dies bedeutet für viele „Edeka", Ende der Karriere. Diese Politik ist nicht unbedingt irrational, weil sie die Anhänger demobilisiert, jedenfalls nicht für solche Bundespolitiker, die nur in einer Großen Koalition ihre Ämter und Einflüsse sicher haben. Selbst wenn die SPD auf 25 Prozent und die CDU/CSU auf 35 Prozent schrumpfte, bliebe für lange Zeit eine reichliche Parlamentsmehrheit in Berlin. Erst großer Druck aus der Gesellschaft kann einen Wandel erzwingen. Das ist aber nicht ausgeschlossen.

## 6. Politische Alternativen: Zwischen autoritärer und mobilisierender Politik

Das neoliberale Modell Deutschland setzt nicht allein auf die freien Marktkräfte, sondern auch auf ein autoritäres betriebswirtschaftliches Reglement in vielen Bereichen. Diese Spar- und Reglementierungspolitik entwickelte sich zur Falle. Sie wollte durch Kostensenkungen die deutsche Führung auf dem Weltmarkt stärken. Die Staats- und Konsumentennachfrage wurde gesenkt, um die Exporte zu verbilligen. Jetzt, da die weltweite Rezession die Exportnachfrage auf einem Sektor nach dem anderen einbrechen lässt, fehlt die ausgleichende Inlandsnachfrage.

Die Regierung war unvorbereitet. Noch im September 2008 hatte Finanzminister Steinbrück im Bundestag mit markanten Sprüchen betont, dass die Finanzkrise nicht auf die Realwirtschaft überspringen werde. Ein Konjunkturprogramm sei Geldverschwendung. Inzwischen sieht sich Berlin wenigstens zu Ansätzen einer Nachfragestärkung genötigt. Doch Sachverständigenrat, Wirtschaftsakteure und internationale Instanzen mahnen, das Programm sei zu klein und zu beliebig und bediene nur bestimmte Klientele.

Offenbar wird die alte Bastelei, an der einen oder anderen Stellschraube zu drehen, fortgesetzt, anstatt die Wirtschaftskrise als Chance zu sehen, die Klimakrise und die sozialen Problemlagen zu bekämpfen. Nicht vorbereitet ist ein Programm aus einem Guss, das den lange nötigen Investitions- und Beschäftigungsschub im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektor, die Stärkung der sozial Unterprivilegierten, die Energiewende und die Mobilisierung der Bevölkerung miteinander verbindet. Erst recht ist nicht daran gedacht, die ▶

durch das betriebswirtschaftliche Reglement verursachte lähmende Demobilisierung in diesen Sektoren rückgängig zu machen.

Nach wie vor kämpfen hier die zwei Fraktionen der oberen Milieus um die Führungsrolle. Es verwundert nicht, dass jeder Versuch, das rot-grüne Projekt und die vielfältige soziale Mobilisierung der Willy-Brandt-Zeit zu erneuern, mit der klassischen autoritären Feinbildpolitik und Sündenbocksuche beantwortet wird, während gleichzeitig versucht wird, für die eigene Seite die Magie charismatischer Führerfiguren zu beschwören.

Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Rezession wird das Ansehen dieser „Elite" von „Machern" weiter untergraben. Steinbrücks Wort, man habe nichts voraussehen können, wird in den USA widerlegt. Die neoliberale Interessenwirtschaft von Bush wird abgelöst durch Kräfte, die – was dort zum ökonomischen Grundwissen gehört – die große Depression nach 1929 und die Gegenpolitik unter Präsident Roosevelt genau studiert haben. Sie wissen, dass es nicht nur auf die staatliche Wirtschaftspolitik, sondern genauso auf die Mobilisierung der sozialen Kräfte, die Beteiligung der Ausgeschlossenen ankommt. Sie wissen auch, dass eine solche Mobilisierung sozialer Teilhabe schon einmal wiederholt werden konnte, unter Präsident Kennedy in den frühen sechziger Jahren. Sie hat den autoritären Muff auch international weggeblasen und Bewegungen in vielen anderen Ländern ermuntert. Insofern ist das rot-grüne Projekt in Hessen weiterhin als Alternative für die Bundespolitik von Bedeutung. ■

**Dr. phil. Michael Vester,** geb. 1939 in Berlin, ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen. Letzte Buchveröffentlichung: Die neuen Arbeitnehmer (m. C. Teiwes-Kügler u. A. Lange-Vester), m.e. Vorwort von Berthold Huber, Hamburg 2007.

**Horst Peter,** spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21
Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD
www.forum-dl21.de